



Bundesministerium  
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

An den  
Präsidenten  
des Deutschen Bundestages  
– Parlamentssekretariat –  
Reichstagsgebäude  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)1888 681-1117  
FAX +49 (0)1888 681-1019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 24. April 2008

BETREFF **Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u. a. und der Fraktion Die Linke.  
Fortführung der Bilanz zur gesetzlichen Altfallregelung  
BT-Drucksache 16/8803**

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigelegte Antwort in  
5-facher Ausfertigung.

In Vertretung

Peter Altmaier

Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u .a. und der Fraktion Die Linke.

Fortführung der Bilanz zur gesetzlichen Altfallregelung

BT-Drucksache 16/8803

---

Antworten:

Vorbemerkung:

In der Vorbemerkung der Kleinen Anfrage wird auf Zahlenangaben aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage (BT-Drs. 16/8137) „Erste Bilanz der gesetzlichen Altfallregelung“ vom 5. März 2008 (BT-Drs. 16/8362) Bezug genommen. Die in der Vorbemerkung insbesondere aus diesem Zahlenmaterial gezogenen Schlussfolgerungen zur Umsetzung der gesetzlichen Altfallregelung beruhen auf unvollständigem Datenmaterial und sind deshalb fehlerhaft.

Wie sich aus der Antwort der Bundesregierung auf die oben genannte Kleine Anfrage ausdrücklich ergibt, berücksichtigen die dort dargestellten Zahlenangaben nicht, dass die Länder ihre Antragszahlen dem Bundesministerium des Innern zum damaligen Zeitpunkt nur teilweise gemeldet hatten, so dass die tatsächliche Zahl der Anträge schon allein deshalb höher liegt. Darüber hinaus wies die Bundesregierung in ihrer Antwort zu Frage 2 ausdrücklich darauf hin, dass seinerzeit keine Angaben der Länder darüber vorlagen, wie viele Anträge nicht mehr nach den Bestimmungen der IMK-Bleiberechtsregelung, sondern nunmehr nach der gesetzlichen Altfallregelung von den Ländern beschieden wurden. So war aus der dem Bundesministerium des Innern vorliegenden Statistik zur gesetzlichen Altfallregelung nicht für alle 19.000 noch offenen Anträge nach der IMK-Bleiberechtsregelung ersichtlich, inwieweit diese dort berücksichtigt waren. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Bundesministerium des Innern die Statistik zur IMK-Bleiberechtsregelung bis zum 30. September 2007 erhob, einige Länder jedoch auch danach noch Aufenthaltstitel nach dieser Regelung erteilten, weil sie im konkreten Fall günstiger war und diese daher nicht unter die Rubrik „Anträge“ der Statistik zur gesetzlichen Altfallregelung aufführten. Andere Länder haben die nach IMK-Bleiberecht noch offenen Anträge zwar nach der gesetzlichen Altfallregelung beschieden, aber ebenfalls nicht unter der Rubrik „Anträge“ in der Statistik zur gesetzlichen Altfallregelung aufgeführt, sondern unter „Entscheidungen insgesamt“. Auch aus diesen Gründen liegt die tatsächliche Anzahl der Anträge, die im Erhebungszeitraum bis Ende 2007 vorlagen, höher als in der vom Bundesministerium des Innern geführten Statistik zur gesetzlichen Altfallregelung. Irreführend ist insofern insgesamt die in der Vorbemer-

- 2 -

kung der Kleinen Anfrage vorgenommene getrennte Betrachtungsweise der Umsetzung von IMK-Bleiberechts- und gesetzlicher Altfallregelung. Die Zahlen sind stets zusammen aufzuführen, da den Personen, die bereits im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund des IMK-Bleiberechtsbeschlusses sind, keinen Antrag nach der gesetzlichen Altfallregelung stellen werden. Zudem läuft die Antragsfrist nach der gesetzlichen Altfallregelung erst am 1. Juli 2008 ab, so dass eine Bilanz bereits deshalb zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht ist.

Insgesamt ist bei einer Bilanzierung der IMK-Bleiberechtsregelung und der gesetzlichen Altfallregelung, die auf den Angaben der Länder beruhen, zu berücksichtigen, dass es sich hierbei um Informationen über Einzelfälle handelt, die bei den über 600 Ausländerbehörden einzuholen und von den jeweiligen Innenministerien bzw. -senatsverwaltungen der Länder zu sammeln und auszuwerten sind. Darüber hinaus sind vom Bundesministerium des Innern mitunter Rückfragen an die Länder zu stellen, da die Meldungen interpretierbar bzw. - u. a. aufgrund der uneinheitlichen Verwaltungspraxis der Länder - mit den Angaben anderer Länder nicht vergleichbar sind. Aus diesem Grund liegen die Angaben der Länder aufgrund der Umfrage des Bundesministeriums des Innern zur Umsetzung der gesetzlichen Altfallregelung bis 31. März 2008 noch nicht vollständig vor.

#### Zu 1.

Zum 31. März 2008 waren im Ausländerzentralregister 126.676 Personen als geduldet und 21.267 Personen mit einer Aufenthaltsgestattung erfasst. Differenzierungen nach der Aufenthaltsdauer, Hauptherkunftsländern sowie nach Bundesländern können den folgenden Tabellen entnommen werden. Die Aufenthaltsdauer von mindestens sechs bzw. acht Jahren bezieht sich entsprechend dem Stichtag der gesetzlichen Altfallregelung auf den 1. Juli 2007.

- 3 -

|   | <b>Duldung</b> |                                  |                                  |
|---|----------------|----------------------------------|----------------------------------|
|   | gesamt         | mindestens 6<br>Jahre Aufenthalt | mindestens 8<br>Jahre Aufenthalt |
| <b>Deutschland</b>  | <b>126.676</b> | <b>64.698</b>                    | <b>43.970</b>                    |
| darunter aus<br>Serbien (einschließlich „Serbien und Montenegro“ und „Jugoslawien“) | 32.499         | 22.725                           | 16.502                           |
| Ungeklärt   | 9.662          | 6.022                            | 4.242                            |
| Türkei  | 8.856          | 5.114                            | 4.321                            |
| Irak  | 8.583          | 2.665                            | 996                              |
| Syrien, Arabische Republik  | 6.053          | 3.309                            | 1.682                            |

|   | <b>Gestattung</b> |                                  |                                  |
|---|-------------------|----------------------------------|----------------------------------|
|   | gesamt            | mindestens 6<br>Jahre Aufenthalt | mindestens 8<br>Jahre Aufenthalt |
| <b>Deutschland</b>  | <b>21.267</b>     | <b>1.832</b>                     | <b>764</b>                       |
| darunter aus<br>Irak  | 4.304             | 97                               | 18                               |
| Türkei  | 1.960             | 144                              | 87                               |
| Russische Föderation  | 1.709             | 161                              | 18                               |
| Iran, Islamische Republik   | 1.380             | 185                              | 50                               |
| Serbien (einschließlich „Serbien und Montenegro“ und „Jugoslawien“) | 1.312             | 297                              | 160                              |

- 4 -

|                        | Duldung        |                                     |                                       | Aufenthaltsgestattung |                                  |                                       |
|------------------------|----------------|-------------------------------------|---------------------------------------|-----------------------|----------------------------------|---------------------------------------|
|                        | gesamt         | mindestens<br>6 Jahre<br>Aufenthalt | mindestens 8<br>Jahre Aufent-<br>halt | gesamt                | mindestens 6<br>Jahre Aufenthalt | mindestens 8<br>Jahre Aufent-<br>halt |
| <b>Deutschland</b>     | <b>126.676</b> | <b>64.698</b>                       | <b>43.970</b>                         | <b>21.267</b>         | <b>1.832</b>                     | <b>764</b>                            |
| darunter:              |                |                                     |                                       |                       |                                  |                                       |
| Baden-Württemberg      | 13.768         | 7.075                               | 5.117                                 | 2.255                 | 124                              | 48                                    |
| Bayern                 | 9.091          | 3.831                               | 2.406                                 | 2.834                 | 125                              | 20                                    |
| Berlin                 | 7.511          | 4.102                               | 2.994                                 | 1.309                 | 170                              | 62                                    |
| Bremen                 | 2.684          | 1.602                               | 1.067                                 | 453                   | 61                               | 27                                    |
| Hamburg                | 6.529          | 3.803                               | 2.440                                 | 1.173                 | 343                              | 159                                   |
| Hessen                 | 7.914          | 3.884                               | 2.809                                 | 1.239                 | 125                              | 63                                    |
| Niedersachsen          | 17.272         | 9.796                               | 6.502                                 | 1.369                 | 124                              | 66                                    |
| Nordrhein-Westfalen    | 41.044         | 22.497                              | 15.891                                | 4.976                 | 265                              | 102                                   |
| Rheinland-Pfalz        | 4.056          | 1.665                               | 1.068                                 | 551                   | 22                               | 10                                    |
| Saarland               | 1.665          | 872                                 | 620                                   | 174                   | 5                                | 3                                     |
| Schleswig-Holstein     | 2.287          | 905                                 | 512                                   | 1.149                 | 74                               | 24                                    |
| Brandenburg            | 2.210          | 820                                 | 519                                   | 817                   | 99                               | 47                                    |
| Mecklenburg-Vorpommern | 1.766          | 602                                 | 352                                   | 510                   | 56                               | 31                                    |
| Sachsen                | 3.518          | 1.317                               | 740                                   | 1.244                 | 135                              | 70                                    |
| Sachsen-Anhalt         | 3.704          | 1.412                               | 695                                   | 475                   | 20                               | 12                                    |
| Thüringen              | 1.657          | 515                                 | 238                                   | 739                   | 84                               | 20                                    |

#### Zu 2. bis 2.d)

Das Bundesministerium des Innern hatte die Länder gebeten, quartalsweise statistische Angaben zur Anwendung der gesetzlichen Altfallregelung mitzuteilen. Zum Stichtag 31. März 2008 haben bislang lediglich wenige Länder ihre Statistiken übermittelt, so dass derzeit für den Stichtag 31. März 2008 die erbetenen Zahlenangaben dem Bundesministerium des Innern noch nicht vorliegen. Hinsichtlich des vorangegangenen Zeitraums wird auf die in der Vorbemerkung genannte Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage (BT-Drs. 16/8362) verwiesen.

- 5 -

e)

Soweit Einzelangaben von den Ländern nicht erhoben werden, begründen die Vertreter der Innenministerien und –senatsverwaltungen dies mit dem erheblichen Aufwand, den solche Erhebungen verursachen. Darüber hinaus wird auf die Antwort zur Eingangsfrage zu 2. bis 2d) verwiesen.

Zu 3. bis 3.g)

Es wird auf die Antwort zu Fragen 2 bis 2 d) verwiesen.

h)

Im Ausländerzentralregister waren zum 31. März 2008 insgesamt 18.752 Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach §§ 104 a oder 104 b des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) erfasst. Weitere Details können der folgenden Tabelle entnommen werden:

|                            | Aufenthaltserlaubnis nach §§ 104 a oder 104 b Aufenthaltsgesetz |                          |                             |   |  |        |
|----------------------------|---|--------------------------|-----------------------------|---|--|--------|
|                            | auf Probe   | wg. Altfall-<br>regelung | für volljäh-<br>rige Kinder | für unbe-<br>gleitete<br>Minderjähri-<br>ge | für integ-<br>rierte Kin-<br>der von<br>Geduldeten | Gesamt |
| Baden-Württemberg          | 1.848   | 640                      | 90                          | 10  | 37   | 2.625  |
| Bayern                     | 583   | 196                      | 11                          | 14  | 3  | 807    |
| Berlin                     | 4   | 2                        | 1                           | 0   | 0  | 7      |
| Bremen                     | 359   | 41                       | 28                          | 6   | 0  | 434    |
| Hamburg                    | 8   | 1                        | 0                           | 0   | 0  | 9      |
| Hessen                     | 1.415   | 262                      | 48                          | 15  | 25   | 1.765  |
| Niedersachsen              | 1.717   | 327                      | 99                          | 8   | 3  | 2.154  |
| Nordrhein-Westfalen        | 6.879   | 886                      | 180                         | 28  | 18   | 7.991  |
| Rheinland-Pfalz            | 750   | 132                      | 41                          | 9   | 1  | 933    |
| Saarland                   | 112   | 25                       | 3                           | 0   | 0  | 140    |
| Schleswig-Holstein         | 327   | 61                       | 8                           | 1   | 0  | 397    |
| Brandenburg                | 184   | 41                       | 4                           | 0   | 0  | 229    |
| Mecklenburg-<br>Vorpommern | 178   | 22                       | 8                           | 1   | 1  | 210    |
| Sachsen                    | 271   | 66                       | 25                          | 0   | 0  | 362    |
| Sachsen-Anhalt             | 274   | 41                       | 3                           | 0   | 3  | 321    |
| Thüringen                  | 330   | 23                       | 13                          | 2   | 0  | 368    |
| Gesamtergebnis             | 15.239  | 2.766                    | 562                         | 94  | 91   | 18.752 |

Hinsichtlich ggf. abweichender Länderangaben wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

- 6 -

Zu 4. bis 4. d)

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 2 bis 2 d) verwiesen.

e)

Als häufigste Ablehnungsgründe wurden bisher (Stand: 31. Dezember 2007) von den Ländern angegeben: Straftaten, Identitätstäuschung, Nichterfüllen der Passpflicht, nicht ausreichende Aufenthaltsdauer, fehlende Mitwirkung, vorsätzliche Verzögerung oder Behinderung der Aufenthaltsbeendigung. Hinsichtlich hieraus ggf. zu ziehender Schlussfolgerungen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

f)

|                        | Ausschlussgründe nach Nr. 6 des IMK-Beschlusses (Anzahl der Personen) | Ablehnungsgründe |               |               |               |               |               |  |          |
|------------------------|---|------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|--|----------|
|                        |   | nach Nr. 6.1.    | nach Nr. 6.2. | nach Nr. 6.3. | nach Nr. 6.4. | nach Nr. 6.5. | nach Nr. 6.6. | Voraussetzungen nach Nr. 4.3 lagen nicht vor | sonstige |
| Baden-Württemberg      | 476   | 87               | 75            | -             | 303           | 11            | 0             | 15   | 481      |
| Bayern                 | 409   | -                | -             | -             | -             | -             | -             | -  | -        |
| Berlin                 | 466   | -                | -             | -             | -             | -             | -             | -  | -        |
| Bremen                 | 121   | 19               | 20            | 1             | 11            | 0             | 5             | 2  | 64       |
| Brandenburg            | 188   | 12               | 82            | 20            | 57            | 0             | 17            | 0  | 39       |
| Hamburg                | -   | -                | -             | -             | -             | -             | -             | -  | -        |
| Hessen                 | 351   | 123              | 23            | 11            | 62            | 2             | 23            | 18   | 205      |
| Mecklenburg-Vorpommern | 115   | 26               | 33            | 10            | 23            | 0             | 23            | 7  | 31       |
| Niedersachsen          | 519   | 265              | -             | 254           | -             | 0             | -             | 34   | 1.262    |
| Nordrhein-Westfalen    | 1.386   | 36               | 38            | 11            | 43            | -             | 70            | -  | 856      |
| Rheinland-Pfalz        | -   | -                | -             | -             | -             | -             | -             | -  | -        |
| Saarland               | 68  | 13               | 13            | 1             | 18            | 0             | 23            | 0  | 5        |
| Sachsen                | 166   | 86               | 0             | -             | 80            | -             | 0             | 2  | 82       |
| Sachsen-Anhalt         | 179   | 131              | 16            | 4             | 26            | 0             | 2             | 0  | 72       |
| Schleswig-Holstein     | 146   | 13               | 85            | 20            | 20            | 0             | 8             | 46   | 34       |
| Thüringen              | 45  | 17               | 16            | 4             | 8             | 0             | 0             | 12   | 17       |
|                        | 4.635   | 828              | 401           | 336           | 651           | 13            | 171           | 136  | 3.148    |

- 7 -

Zu 5.

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 2 bis 2 d) verwiesen.

Zu 6.

In der Antwort der Bundesregierung zu Frage 6 der Kleinen Anfrage „Erste Bilanz der gesetzlichen Altfallregelung“ (BT-Drs. 16/8362) wurde der von den Fragestellern verwendete untechnische Ausdruck "auskömmlich" im Sinne des § 104a Abs. 5 Satz 3 AufenthG interpretiert. Insofern widerspricht diese Antwort nicht dem Wortlaut der gesetzlichen Regelung.

a) und b)

Das Statistische Bundesamt weist in der letzten verfügbaren Statistik über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für Ende 2006 einen durchschnittlichen Grundsicherungsbedarf von 65-jährigen und Älteren in Höhe von 627 Euro je Monat aus. Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage "Leistungsniveau der gesetzlichen Altersrente, Riesterförderung und Grundsicherung im Alter" (BT-Drs. 16/8016 vom 11. Februar 2008 ) hervorgeht, erreicht ein Versicherter, der 27 Jahre lang ein rentenrechtliches Durchschnittsentgelt verdient hat und darauf basierend Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geleistet hat, auf Basis aktueller Werte eine Nettorente über dem derzeitigen Grundsicherungsniveau von 627 Euro.

Die Höhe der gesetzlichen Rente sagt jedoch grundsätzlich wenig darüber aus, ob im Alter ein „auskömmliches Einkommen“ vorliegt. Dies hängt nicht nur davon ab, ob und wenn ja in welcher Höhe Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung bezogen werden, sondern entscheidend sind die Leistungen aus allen Alterssicherungssystemen, sowie weitere Einkünfte, das vorhandene Vermögen und die Einkommen von Ehegatten und Lebenspartner. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage "Leistungsniveau der gesetzlichen Altersrente, Riesterförderung und Grundsicherung im Alter" (BT-Drs. 16/8016) verwiesen.

Zu 7. und 8.

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 2 bis 2 d) verwiesen.



Zu 9.

Das Bundesministerium des Innern hat in den Hinweisen zum Richtlinienumsetzungsgesetz (Stand: 18. Dezember 2007) an verschiedenen Stellen betont, dass die gesetzliche Regelungen großzügig anzuwenden sind (so z. B. Rn. 333 und 334). Änderungen der Hinweise sind derzeit nicht beabsichtigt.

Zu 10.

Entsprechende Anträge der Bundesländer liegen dem Bundesministerium des Innern nicht vor.

Zu 11.

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, dass ein Bund-Ländertreffen zur Umsetzung der gesetzlichen Altfallregelung Mitte April 2008 stattgefunden hat. Falls mit der Frage die halbjährlich stattfindende Tagung der Ausländerreferenten Bund und Ländern gemeint sein sollte, so ist darauf hinzuweisen, dass dort beiläufig Fragen der Altfallregelung angesprochen wurden. Das Bundesministerium des Innern hat bei der Tagung die Länder erneut gebeten, die statistischen Angaben zur Altfallregelung zeitnah dem Bund zur Verfügung zu stellen. Zudem wurde die Möglichkeit einer Evaluation der gesetzlichen Altfallregelung erörtert. Ein konkretes Ergebnis liegt diesbezüglich noch nicht vor.

Zu 12.

Die Studie liegt erst seit Anfang dieses Jahres vor. Eine innerhalb der Bundesregierung abgestimmte Analyse der Expertise steht noch aus.

Zu 13.

Ein Weisungsentwurf zur Behandlung derartiger Fälle wird derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt.